



Protokoll Nr. 44 der GR-Sitzung

Teilnehmende:	Bgm Franz Schmadl, Vbgm Thomas Wopfner GV David Steinlechner, GR Rudolf Schmadl, GRin Daniela Fröhlich, GR Josef Steinlechner, GRin Christine Bachler, GR Andreas Mair, ErsatzGR Lukas Gstir, ErsatzGR Ing. Joseph Leitner
Entschuldigt	GR Dominik Mair, GRin Patricia Erler, ErsatzGR Martin Erler
Datum:	09.09.2025
Uhrzeit:	20:00 - 21:07 Uhr
Autor:	Elisabeth Habernig

Tagesordnungspunkte

TOP	Text
1.+2.	<p>Eröffnung und Begrüßung durch den Bürgermeister und Verlesung der Tagesordnung</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl begrüßt die anwesenden Zuhörerinnen und Zuhörer und eröffnet die Sitzung. Er führt aus, dass die Tagesordnung folgende Punkte umfasse:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Eröffnung und Begrüßung durch Bürgermeister Franz Schmadl 2. Verlesung der Tagesordnung 3. Kostenübernahme - Rinderohrmarken - Beschlussfassung 4. ÖROK - Änderung Gp. 666 - Beschlussfassung 5. Änderung Flächenwidmungsplan Gp. 666 - Beschlussfassung 6. Aufhebung - Beschluss vom 25.03.2024 TOP 5 und Aufhebung Teilbeschluss, bzw. Ergänzungsbeschluss vom 07.05.2025 TOP 3 gem. § 95 Abs. 2 TGO 2001 - veranschlagte Mittel für Projekte - Beschlussfassung 7. Grundsatzbeschluss - Zwischenfinanzierung - Infrastrukturprojekte 2025 - 2026 - Beschlussfassung 8. Vergabe - Ausleitung - Oberflächenwasserkanal Keilfeld - Beschlussfassung 9. Anträge, Anfragen und Allfälliges. <p>Zusätzlich beantragt er die Erweiterung der Tagesordnung um die Aufnahme eines Kontokorrentkredites.</p>



	<p>Gemeinderat Rudolf Schmadl schlägt vor, den neuen Tagesordnungspunkt zur Aufnahme eines Kontokorrentkredites zwischen den Punkten 5 und 6 einzufügen, da es seiner Ansicht nach sinnvoll sei, zunächst die Finanzierung zu klären, bevor über die Projekte gesprochen werde.</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl äußert, dass die Aufhebung der Beschlüsse aus seiner Sicht vor diesem Punkt erfolgen solle, zeigt sich jedoch kompromissbereit und stimmt der vorgeschlagenen Reihenfolge zu.</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl verliest daraufhin die geänderte Tagesordnung erneut. Diese umfasst nun die Punkte:</p> <ol style="list-style-type: none">1. Eröffnung und Begrüßung durch Bürgermeister Franz Schmadl2. Verlesung der Tagesordnung3. Kostenübernahme - Rinderohrmarken - Beschlussfassung4. ÖROK – Änderung Gp. 666 – Beschlussfassung5. Änderung Flächenwidmungsplan Gp. 666 – Beschlussfassung6. Aufnahme eines Kontokorrentkredites - Beschlussfassung7. Aufhebung – Beschluss vom 25.03.2024 TOP 5 und Aufhebung Teilbeschluss, bzw. Ergänzungsbeschluss vom 07.05.2025 TOP 3 gem. § 95 Abs. 2 TGO 2001 – veranschlagte Mittel für Projekte – Beschlussfassung8. Grundsatzbeschluss - Zwischenfinanzierung - Infrastrukturprojekte 2025 – 2026 – Beschlussfassung9. Vergabe – Ausleitung – Oberflächenwasserkanal Keilfeld - Beschlussfassung10. Anträge, Anfragen und Allfälliges. <p>Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0</p>
<p>3.</p>	<p>Kostenübernahme Rinderohrmarken - Beschlussfassung</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl berichtet, dass die Gemeinde von der Agrarmarkt Austria erneut bezüglich der Kostenübernahme für Rinderohrmarken angeschrieben worden sei. Er erläutert, dass die durchschnittlichen Kosten für diese Marken in den letzten drei Jahren bei etwa 700 Euro gelegen hätten. Für das Jahr 2025 seien im Gemeindebudget 900 Euro für diesen Zweck vorgesehen. Er führt aus, dass die Kostenübernahme durch den Gemeinderat beschlossen werden müsse, und bittet um Zustimmung durch Handzeichen.</p> <p>Gemeindevorstand David Steinlechner erkundigt sich, warum ein Gemeinderatsbeschluss erforderlich sei, wenn die Kosten bereits im Budget eingeplant seien. Er fragt, ob dies eine zusätzliche Vorgabe sei.</p>



	<p>Bürgermeister Franz Schmadl erklärt, dass vermutlich ein Beschlussauszug von der Agrarmarkt Austria verlangt werde.</p> <p>Eine weitere Person ergänzt, dass regelmäßig ein Schreiben eingehe, in dem abgefragt werde, ob die Kostenübernahme erneut beschlossen werde.</p> <p>Daraufhin zeigt sich Gemeindevorstand David Steinlechner einverstanden.</p> <p>Der Gemeinderat beschließt die Kostenübernahme der Rinderohrmarken für das Jahr 2025.</p> <p>Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0</p>
4.	<p>Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes für Grundparzelle 666 - Beschlussfassung</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl berichtet, dass alle erforderlichen Unterlagen und Gutachten zur Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes (ÖRK) im Bereich der Grundparzelle 666 vorliegen. Die Änderung betreffe die Erweiterung der Hackschnitzelhalle bei Pittl Martin in der Nähe von Lohstatt Eben, in der Umgebung der sogenannten Kalten Kendl. Er fragt, ob es hierzu noch Ergänzungen oder Fragen gebe.</p> <p>Gemeinderat Rudolf Schmadl ergänzt, dass die Thematik bereits im Ausschuss besprochen worden sei und die Gutachten vollständig vorliegen. Er habe sich am selben Tag nochmals mit Bürgermeister Franz Schmadl über eine Deponie bei der Einfahrt des betroffenen Bereichs ausgetauscht. Dabei sei ihm bestätigt worden, dass diese Deponie behördlich genehmigt sei. Da die Deponie nicht im unmittelbaren Bereich der geplanten Änderung liege und keine weiteren Hindernisse erkennbar seien, sehe er keinen Grund, die Beschlussfassung nicht voranzutreiben.</p> <p>Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Wattenberg gem. § 67 Abs. 1 des Tiroler Raumordnungsgesetzes 2022; LGBl Nr. 43/2022, den vom Büro Planalp ZT GmbH über die Änderung der örtlichen Raumordnungskonzeptes der Gemeinde Wattenberg vom 16.06.2025 durch vier Wochen hindurch zur Einsicht aufzulegen.</p> <p>Der Entwurf sieht folgende Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes vor:</p> <ul style="list-style-type: none"> • §31 abs. 1 – vorwiegend Sondernutzung • lit. e, i, l, m - mit erheblichen baulichen Anlagen • S 15 - Sonderfläche Hackschnitzelhalle



	<ul style="list-style-type: none"> • Z 1 - bebaut • § 31 Abs. 1 lit. d, e, g - Siedlungsrand <p>Gleichzeitig wird gemäß § 67 Abs. 1 lit. c TROG 2022 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des örtlichen Raumordnungskonzeptes gefasst.</p> <p>Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0</p>
5.	<p>Änderung des Flächenwidmungsplans der Grundparzelle 666 - Beschlussfassung</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl erläutert, dass der Tagesordnungspunkt 5 die Änderung des Flächenwidmungsplanes für die Grundparzelle 666 betrifft. Er führt aus, dass dieser Punkt bereits im Bauausschuss behandelt und besprochen worden sei. Die Änderung der Flächenwidmung stelle den nächsten Schritt im Verfahren dar. Er erklärt, dass das örtliche Raumordnungskonzept (ÖRK) entsprechend angepasst worden sei, um die Grundlage für die Beschlussfassung zur Flächenwidmung zu schaffen.</p> <p>Auf Antrag des Bürgermeisters beschließt der Gemeinderat der Gemeinde Wattenberg, gemäß § 68 Abs. 3 i.V.m § 63 Abs. 9 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022, LGBl. Nr. 43/2022, den vom Büro Planalp ZT GmbH ausgearbeiteten Entwurf über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wattenberg vom 16.06.2025, Zahl 2-366/10042 durch vier Wochen hindurch zur öffentlichen Einsichtnahme aufzulegen.</p> <p>Der Entwurf sieht eine Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde im Bereich des Grundstückes Gp. 666 in KG 81019 Wattenberg, von derzeit rd. 1189 m² von Freiland § 41 in Fehler! Textmarke nicht definiert.künftig Sonderfläche standortgebunden § 43 (1) a SHh Hackschnitzelhalle Fehler! Textmarke nicht definiert. vor.</p> <p>Gleichzeitig wird gemäß § 68 Abs. 3 lit. d TROG 2022 der Beschluss über die dem Entwurf entsprechende Änderung des Flächenwidmungsplanes der Gemeinde Wattenberg gefasst.</p> <p>Dieser Beschluss wird nur rechtswirksam, wenn innerhalb der Auflegungs- und Stellungnahmefrist keine Stellungnahme zum Entwurf von einer hierzu berechtigten Person oder Stelle abgegeben wird.</p> <p>Ja-Stimmen: 10</p>



	Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
6.	Aufnahme eines Kontokorrentkredites - Beschlussfassung <p>Bürgermeister Franz Schmadl erläutert, dass der Tagesordnungspunkt „Kontokorrentkredit“ aufgrund von Änderungen bei den Auszahlungsbedingungen der KIG-Mittel (Kommunalinvestitionsgesetz-Mittel) sowie durch strengere Verwendungskriterien für das Infrastrukturpaket des Landes notwendig geworden sei. Er führt aus, dass die ursprüngliche Planung der KIG-Mittel projektbezogen erfolgt sei, beispielsweise für den Oberflächenwasserkanal Obertax und Keilfeld. Der Bund habe jedoch den Auszahlungsmodus geändert, sodass die Mittel nun nicht mehr projektgebunden seien, sondern zu fixen Terminen ausbezahlt würden. Der erste Auszahlungstermin für 58.000 Euro sei erst am 20. Januar 2026, was zu einer Finanzierungslücke führe. Gleichzeitig seien die Mittel aus dem Infrastrukturpaket des Landes, die ursprünglich für den Oberflächenwasserkanal vorgesehen waren, nun ausschließlich für Straßenbauten und Asphaltierungen einsetzbar.</p> <p>Vizebürgermeister Thomas Wopfner ergänzt, dass ein weiterer Auszahlungstermin am 15. Oktober liege, dieser jedoch für ein anderes Projekt, nämlich die Beleuchtung für das Probelokal der Musikkapelle vorgesehen sei.</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl bestätigt dies und betont, dass die 58.000 Euro, die für den Oberflächenwasserkanal eingeplant waren, derzeit nicht verfügbar seien. Er berichtet, dass die Aufsichtsbehörde ein Zwischenfinanzierungsdarlehen bis zum 31. Januar 2026 abgelehnt habe, da dieses zu hohen Zinsverlusten führen würde. Nach Rücksprache mit Marcel Pfurtscheller sei die Aufnahme eines Kontokorrentkredites als Lösung vorgeschlagen worden. Die Raiffeisenbank habe ein Angebot für einen Kreditrahmen von 100.000 Euro vom 1. Oktober bis zum 31. Januar 2026 vorgelegt, um die Finanzierung des Projekts sicherzustellen.</p> <p>Gemeinderat Rudolf Schmadl weist darauf hin, dass im Angebot der Raiffeisenbank der 31. Januar als Enddatum genannt sei, was Bürgermeister Franz Schmadl bestätigt.</p> <p>Der Bürgermeister erklärt, dass die Firma Fröschl, die das beste Angebot für den Oberflächenwasserkanal Keilfeld abgegeben habe, mit den Arbeiten Ende September beginnen könne, sofern der Kontokorrentkredit beschlossen werde. Andernfalls sei auch eine Vergabe des Projekts nicht möglich. Er habe einen Grundsatzbeschluss vorbereitet, der die Genehmigung des Kredites durch die Aufsichtsbehörde vorsehe, und das Angebot der Raiffeisenbank den Gemeinderäten weitergeleitet.</p>



Vizebürgermeister Thomas Wopfner fragt nach den 67.800 Euro, die im ursprünglichen Finanzierungsplan vorgesehen waren.

Bürgermeister Franz Schmadl erklärt, dass diese Mittel für andere Projekte wie Obersteinling und den Wetscherweg verwendet würden und erst im nächsten Jahr verfügbar seien.

Vizebürgermeister Thomas Wopfner äußert Zweifel, ob der Kreditrahmen von 100.000 Euro ausreiche, da der Finanzierungsplan ursprünglich 129.000 Euro vorgesehen habe.

Bürgermeister Schmadl entgegnet, dass durch die Geltendmachung der Vorsteuer die Finanzierung auf 110.000 Euro reduziert werden könne. Zudem habe er sich an Magnus Gratl gewandt, um eine Bedarfszuweisung von 46.000 Euro für den Oberflächenwasserkanal Keilfeld bereits 2025 zu erhalten.

Vizebürgermeister Thomas Wopfner weist darauf hin, dass ein Kreditrahmen von 125.000 Euro nicht möglich sei, da die gesetzliche Grenze von 10 % des Haushaltsvolumens bei 105.000 Euro liege.

Bürgermeister Franz Schmadl bestätigt dies und betont, dass Projekte vor ihrer Vergabe detailliert durchfinanziert sein müssten, wie auch von der Aufsichtsbehörde und Frau Sagmeister gefordert.

Vizebürgermeister Thomas Wopfner erläutert, dass die Zusage von Gratl erforderlich sei, um die Vergabe eines Projekts vornehmen zu können.

Bürgermeister Franz Schmadl bestätigt dies und ergänzt, dass derzeit eine Finanzierungslücke von 10.000 Euro bestehe, die durch Eigenmittel gedeckt werden könnte. Er weist jedoch darauf hin, dass ohne die Zusage ein Beschluss verschoben werden müsse, da die Zusage möglicherweise erst Ende September oder später eintreffen könnte.

Gemeinderat Rudolf Schmadl bringt die Problematik zukünftiger Projekte zur Sprache und verweist auf das Projekt Obersteinling, bei dem im nächsten Jahr Kosten in Höhe von 67.000 Euro anfallen könnten. Er betont, dass bei Nichtabrechnung eine Strafzahlung von 30.000 Euro drohe, was ein erhebliches Risiko darstelle.

Bürgermeister Franz Schmadl schlägt vor, den Kontokorrentkredit bis zum 31. Mai oder 30. Juni zu verlängern, was laut seiner Aussage bei der Bank unproblematisch sei.

Gemeinderat Rudolf Schmadl äußert jedoch Bedenken, dass dies die finanzielle Situation nicht grundlegend löse, da weitere Zahlungen ausstünden.

Bürgermeister Franz Schmadl erklärt, dass die Bedarfszuweisungen und die KIG-Mittel gesichert seien und im April 67.800 Euro aufgeteilt zur Verfügung stünden.

Gemeinderat Rudolf Schmadl hinterfragt, ob diese Zusagen schriftlich vorlägen, was lt. Bgm Franz Schmadl dzt. nicht der Fall sei. GR Rudolf Schmadl äußert Zweifel an



der Stabilität der Finanzplanung, insbesondere angesichts der sich ändernden Parameter.

Bgm Franz Schmadl betont, dass ohne einen Beschluss die Vergabe an die Firma Fröschl nicht möglich sei.

Vizebürgermeister Thomas Wopfner bringt das Projekt Obertax zur Sprache, bei dem eine Wasserumleitung mit Kosten von etwa 40.000 Euro erforderlich sei. Er weist darauf hin, dass dies laut Bescheidaufgabe noch in diesem Jahr umgesetzt werden müsse.

Bürgermeister Franz Schmadl schlägt vor, die Zahlungen für dieses Projekt ins nächste Jahr zu verschieben, was laut seiner Aussage einfacher sei als bei der Firma Fröschl.

Gemeinderätin Daniela Fröhlich merkt an, dass dadurch im nächsten Jahr mehrere Zahlungen zusammenfallen würden.

Gemeinderat Rudolf Schmadl fordert einen detaillierten Finanzplan mit klaren Zusagen, da die aktuelle Planung unvollständig sei.

Bürgermeister Franz Schmadl räumt ein, dass die Zusicherung der Bedarfszuweisungen erst frühestens Ende Oktober vorliegen werde.

Gemeinderat Josef Steinlechner äußert, dass ohne finanzielle Mittel, bzw. ohne einen Kontokorrentkredit keine Projekte umgesetzt werden können.

Gemeindevorstand David Steinlechner ergänzt, dass bei Nichtumsetzung des Projekts Obersteinling eine Strafzahlung von 30.000 Euro sowie der Verlust von 60.000 Euro an Fördermitteln drohe.

Bürgermeister Franz Schmadl erklärt, dass ein Kontokorrentkredit als Überbrückung für notwendige Zahlungen der Gemeinde dienen könne, was von der Aufsichtsbehörde unterstützt werde.

Vizebürgermeister Thomas Wopfner weist jedoch darauf hin, dass ein solcher Kredit nicht für Projekte vorgesehen sei.

Bgm Franz Schmadl betont, dass die Mittel aus dem Kontokorrentkredit indirekt auch für Projekte genutzt werden könnten, da dadurch andere Mittel für das Bauprojekt frei würden.

GR Rudolf Schmadl bleibt skeptisch und fordert erneut eine klare Finanzierungszusage, bevor weitere Beschlüsse gefasst werden.

Bgm Franz Schmadl erklärt, wenn keine mehrheitliche Zustimmung absehbar sei, dann bringe er den Kontokorrentkredit nicht zur Beschlussfassung.

Es wird bestätigt, dass keine mehrheitliche Zustimmung gegeben sei und daher gibt es keine Beschlussfassung über den Kontokorrentkredit.

Bgm. Franz Schmadl erwähnt, dass dies auch bedeute, dass man den Auftrag an die Fa. Fröschl so auch nicht vergeben könne.



	<p>Die Vergabe an die Firma Fröschl werde daher lt. mehrheitlicher Meinung verschoben, bis ein detaillierter Finanzplan mit verbindlichen Zusagen vorliege.</p>
<p>7.</p>	<p>Aufhebung - Beschluss vom 25.03.2024 TOP 5 und Aufhebung Teilbeschluss, bzw. Ergänzungsbeschluss vom 07.05.2025 TOP 3 gem. § 95 Abs. 2 TGO 2001 - veranschlagte Mittel für Projekte - Beschlussfassung</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl erläutert, dass die Vergabe an die Fa. Fröschl in der aktuellen Situation hinfällig sei. Er führt aus, dass der einzige verbleibende Beschluss, der vor dem Punkt „Allfälliges“ gefasst werden könne, die Aufhebung des Beschlusses vom 25. März 2024 sowie des Teil- bzw. Ergänzungsbeschlusses vom 7. Mai 2025 sei. Diese Aufhebung erfolge gemäß § 95 Abs. 2 TGO 2001, da die veranschlagten Mittel für die Projekte nicht mehr zur Verfügung stünden.</p> <p>Gemeinderat Rudolf Schmadl äußert, dass die Aufhebung der Beschlüsse aus seiner Sicht nicht notwendig sei, da das Angebot der Firma Fröschl vermutlich nicht bis zum Sommer des nächsten Jahres gültig bleibe. Er betont, dass ohne die entsprechenden finanziellen Mittel ein Bauvorhaben nicht realisiert werden könne.</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl merkt an, dass der Oberflächenwasserkanal in diesem Zusammenhang dann wohl nicht umgesetzt werden könne.</p> <p>Vizebürgermeister Thomas Wopfner ergänzt, dass die Aufhebung der Beschlüsse nur dann erfolgen solle, wenn gleichzeitig die Vergabe beschlossen werde. Er weist darauf hin, dass die Finanzierung in diesem Fall gesichert sein müsse.</p> <p>Gemeindevorstand David Steinlechner erkundigt sich nach dem Online-Portal, in dem die Zusicherungen für die Mittel beantragt würden.</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl erklärt, dass er die Anträge bereits per E-Mail in der vergangenen Woche eingereicht und er dies mit Büro des Landeshauptmannes abgestimmt habe. Auf dessen Empfehlung hin habe er in Folge die Anträge in das elektronische Portal eingetragen.</p> <p>Gemeindevorstand David Steinlechner bestätigt, dass ihm die entsprechenden E-Mails weitergeleitet worden seien, und fragt nach dem aktuellen Stand der Eintragungen.</p> <p>Bürgermeister Franz Schmadl berichtet, dass die Eintragungen am heutigen Tag erfolgt seien und die Frist hierfür bis zum 12. September laufe. Er habe in der Begründung ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Mittel für den Oberflächenwasserkanal noch in diesem Jahr benötigt würden. Er fügt hinzu, dass er den Zuständigen vom Büro Landeshauptmann mehrfach kontaktiert habe, dieser jedoch bislang nicht zurückgerufen habe.</p> <p>Bgm. Franz Schmadl erläutert, dass die Auszahlung der GAF-Mittel quartalsweise erfolgt, konkret im Dezember, April, Juli und September.</p>



Tagesordnungspunkte 8 und 9 werden ebenfalls verschoben.

10. Anträge, Anfragen und Allfälliges

Anschließend leitet der Bürgermeister zu Punkt 10 der Tagesordnung über und fragt nach Wortmeldungen.

GR Rudolf Schmadl berichtet von einer Überprüfungsausschusssitzung am 5. August, zu welcher der gesamte Gemeinderat beigezogen wurde. In dieser Sitzung wurde die Einhebung der Saalgebühren geprüft. Dabei seien Abweichungen festgestellt worden, und er betont, dass Bgm. Franz Schmadl für die ordnungsgemäße Einhebung der Gebühren verantwortlich sei. Er kündigt an, in regelmäßigen Abständen nachzufragen, wie die Einhebung der Gebühren korrigiert werde.

Bgm. Franz Schmadl bestätigt, dass es um zwei Fälle gehe, bei denen dem Theaterverein lt. Ü-Ausschuss zu wenig verrechnet worden sei. Auch der Musikkapelle sei lt. Ü-Ausschuss zu wenig verrechnet worden. Dies bedeute der Theaterverein und die Musikkapelle müssten nachzahlen. Er habe die Zahlen jetzt nicht im Kopf. Diese lt. Ü-Ausschuss nicht korrekte Einhebung sei mit der anfänglichen Anwendung der neuen Verordnung passiert. Wenn dies nun wirklich nachverrechnet werden müsse, dann solle ein Gemeinderatsbeschluss dafür gefasst werden.

GR Rudolf Schmadl sieht dies jedoch für unnötig an, da die Gebührenordnung korrekt anzuwenden sei. Er drohe mit einer Aufsichtsbeschwerde, falls die Gebühren nicht eingehoben, bzw. nachverrechnet würden.

GR Josef Steinlechner und GRin Christine Bachler äußern sich ebenfalls zur Thematik der Gebühreneinhebung.

GRin Christine Bachler kritisiert, dass es unangemessen sei, bei Vereinen, deren Benützungsg Gebühr sich in der Startphase mit der neuen Verordnung befand und die für die Gemeinde freiwillige Leistungen erbrächten, Nachforderungen zu stellen. Sie bezeichnet dies als skandalös.

Bgm. Franz Schmadl erklärt, dass er die Verantwortung für etwaige Missverständnisse übernehme, und betont, dass er im Falle einer Aufsichtsbeschwerde, sich ansehen werde, wie dies die Aufsichtsbehörde bewerte.

GV David Steinlechner bringt die finanzielle Lage der Gemeinde zur Sprache und führt aus, dass derzeit keine Bauvorhaben umgesetzt würden, was auf hohe Zinsen und teure Baukosten zurückzuführen sei.

GR Josef Steinlechner kritisiert, dass die Gemeinde in den letzten Jahren keine Widmungen vorgenommen, bzw. einige abgelehnt habe, was ebenfalls zu einem Stillstand geführt habe.



Bgm. Franz Schmadl widerspricht GV David Steinlechner und erklärt, dass derzeit mehrere Bauvorhaben bearbeitet würden, jedoch stehen einige Projekte aufgrund einer ablehnenden Haltung des Gemeinderates still (z. Bsp. Hanneburger) und dies sei dem Gemeinderat geschuldet.

GR Josef Steinlechner erklärt, dass das Schnitzerfeld blockiert werde und ein Bauvorhaben Keilfeld. Er wolle sich auch noch äußern zur Arbeit des Überprüfungsausschusses und bezeichnet die Nachverfolgung von Vereinsgebühren als kleinkariert. Wenn ein Überprüfungsausschuss den gesamten Gemeinderat beziehe um ein paar Vereinen hinterher zu spionieren, weil vielleicht der eine oder andere Euro nicht bezahlt wurde. Dies finde er schäbig.

Wenn man die Verordnung so oder so auslege, dann habe der Theaterverein und die Musikkapelle habe zuwenig bezahlt, dies seien eben Unschärfen die in der Startphase passieren können. Wenn man dies unbedingt nachverrechnen wolle, dann solle man auch den Mut haben, dies mit einem Beschluss einzufordern.

GR Rudolf Schmadl erklärt, der Bürgermeister könne nicht sagen, dass Vereine keine Benützungsgebühren bezahlen brauchen.

Bürgermeister Franz Schmadl habe nicht gesagt, dass Vereine keine Benützungsgebühren zahlen brauchen. Er habe die Verordnung zum damaligen Zeitpunkt so gesehen, wie er sie angewendet habe. Wenn GR Rudolf Schmadl eine Aufsichtsbeschwerde mache und diese bestätigt, dass er nachverrechnen müsse, dann werde er dies den Vereinen unter Beifügung der Aufsichtsbeschwerde mitteilen. GR Rudolf Schmadl könne dann gleich der Aufsichtsbehörde schreiben, dass der Bgm beim 100jährigen Vereinsjubiläum der Musikkapelle, den Bausachverständigen und den Brandschutzbeauftragten auch nicht verrechnet habe.

GRin Christine Bachler sage dazu, dass man sich schämen müsse bei ehrenamtlichen Vereinen Fehlbeträge, die in der Probephase der Verordnung eingehoben wurden, nachzuverrechnen.

Vbgm. Thomas Wopfner verteidigt die Arbeit des Überprüfungsausschusses und betont, dass es um die ordnungsgemäße Verwendung von Steuergeldern gehe.

GR Rudolf Schmadl fragt nach dem Stand der Rückmeldungen zu verschiedenen offenen Themen, darunter die Vertragsraumordnung und die Vermessung des Liftparkplatzes.

Bgm. Franz Schmadl erklärt, dass die Vertragsraumordnung noch in Bearbeitung sei und die Vermessung bereits abgeschlossen wurde. Weitere Details würden noch geklärt.

GR Andreas Mair berichtet aus dem Kulturausschuss, dass die Musikkapelle derzeit an einer Rückmeldung betreffend des Prekariumvertrages arbeite und sich nach Abschluss bei ihm melden werde.



Bgm. Franz Schmadl schlägt vor, eine Kulturausschusssitzung im September abzuhalten, um offene Themen, wie die Vereinsförderung und die Gebühren für Veranstaltungen, zu besprechen.

GR Josef Steinlechner kritisiert, dass Entscheidungen im Gemeinderat häufig verzögert würden und keine Fortschritte erzielt würden.

Bgm. Franz Schmadl informiert über die Kosten der Heuweg- und Sägewegsanierung, die insgesamt 98.200 Euro betragen hätten. Nach Abzug von Zuschüssen des Bundesheeres (€ 38 490) und aus dem Katastrophenfond für Hochwasserschäden (€ 47 160) blieben der Gemeinde Restnettokosten von 12.500 Euro. Diese Kosten liegen unter dem Betrag von rd. € 13.000, die GV David Steinlechner im Zuge der Erstmaßnahmen ohne Beschluss vergeben habe. Diese Kosten seien im Gesamtbetrag der € 98.200 auch enthalten. Man könne jetzt umhernebeln, dass der Bürgermeister das Geld falsch verwende. Es zeige sich aber, dass wenn man hartnäckig sei, was beim Bundesheer auch notwendig war, letztendlich eine vertretbare Lösung herauskomme. Abschließend könne der Bürgermeister sagen, dass von den investierten, bzw. von jenen Aufträgen die der Bürgermeister vergeben habe, keine Belastung für die Gemeinde übriggeblieben sei. Er habe alle von ihm vergebenen Mittel mit Förderungen wieder hereingebracht.

GR Rudolf Schmadl behauptet, man hätte mit diesem Geld Dinge erledigen können, die gerade anstehen, welche der Gemeinderat beschlossen habe. Der Bürgermeister solle sich mit dem selben Elan dafür einsetzen, dass man die Förderzusagen vom Land für die anderen Projekte erhalte.

GR Josef Steinlechner meint dazu, dass der Gemeinderat dann wieder mehrheitlich Förderungen absage, die der Bürgermeister ausverhandle. Dies war z. Bsp. Bei den € 90.000 für den Schallerweg der Fall. Er fügt hinzu, dass GR Rudolf Schmadl einen Unsinn gesagt habe.

Förderungen die zweckbezogen für den Heuweg beantragt werden, können nur für den Heuweg verwendet werden. Das Bundesheer kann nicht eine Unterstützung für irgend etwas Anderes bezahlen. Für solche Unterstützungszahlungen müssen alle Beträge die Rahmen der HW-Schäden anfielen mit Rechnungen belegt werden.

Die Diskussion wendet sich erneut der Vergabe von Projekten zu.

Bgm. Franz Schmadl merkt auf die Anregung von GR Rudolf Schmadl – der Bürgermeister solle sich mit Elan um Förderungen bemühen folgendes an: Die im letzten Herbst beantragten € 90.000 für den Straßenbau hätte die Gemeinde kurz vor den Nationalratswahlen zugesagt bekommen. Diese wurde aber bewusst vom Gemeinderat mehrheitlich abgelehnt und diese habe jetzt eine andere Gemeinde verbaut. Bei den GAF-Mitteln sei es eben so. Das Geld sei nicht weg Das habe halt ein Anderer, bzw. eine andere Gemeinde.



GR Andreas Mair fragt, ob man die letzten Jahre die Straßensanierungen vergessen habe.

Bgm Franz Schmadl erklärt, dass sich hier die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg selbst kritisieren. GR Andreas Mair habe z. Bsp. dafür gestimmt, dass die Gemeinde € 90.000 nicht bekomme. Auch heute haben die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg die Vergabe für den Oberflächenwasserkanal Keilfeld verzögert. Mit der Kritik an fehlenden Straßensanierungen beschwerten sich die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg über sich selbst.

GV David Steinlechner stellt fest, dass die Gemeindegemeinschaft wegen einer Person stehe, und dies sei nicht der Bürgermeister.

Bürgermeister Franz Schmadl stellt fest, es sei offensichtlich, dass die Projekte, konkret, das Projekt Oberflächenwasserkanal Keilfeld wieder stehe, weil die Listen Zukunft- und Unser Wattenberg die Voraussetzungen für die Vergabe nicht beschließen wollten. Die Bürgerliste hätte heute alles beschlossen und den Auftrag vergeben.

GRin Daniela Fröhlich kritisiert, dass Unterlagen häufig zu kurzfristig vor Sitzungen bereitgestellt würden, was eine seriöse Vorbereitung erschwere.

Bgm. Franz Schmadl entgegnet, dass im Ausschuss für Technik und Wirtschaft die Angebote vorbesprochen wurden. Es habe auch einen E-Mail Verkehr mit der Aufsichtsbehörde gegeben. Wenn man jetzt aber wieder auf die Zusagen des Landes warten wolle, dann könne sich das Ganze um bis zu einem Monat verzögern. Auf die Zusagen des Landes sei man angewiesen und die Zeit, wann diese eintreffen, könne er als Bürgermeister nicht steuern.

Zum Abschluss informiert Bgm. Franz Schmadl über das Jubiläumsfest des Vereins zur Förderung des Bauernladens, das am 28. September stattfinden werde. Er schließt die Sitzung, nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen.

Schriftführerin

Der Bürgermeister

2 Gemeinderäte